Ombudsstelle SRG.D
Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellesrgd.ch

Zürich, 27. November 2025

Dossier Nr. 11955, «Tagesschau»-Spätausgabe» vom 26. Oktober 2025 – «Kontroverse Stadtbild-Aussage Bundeskanzler Merz»

Sehr geehrter Herr X

Wir nehmen Bezug auf Ihr Mail vom 2. November 2025, worin Sie obige Sendung wie folgt beanstanden:

https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/tagesschau-vom-26-10-2025-spaetausgabe?urn=urn:srf:video:81002729-d8da-4581-9d8f-66b1facb1c41

«Dieser Beitrag ist tendenziös.

♣ Sie bringen viele Bilder von Demos und ausser J. Spahn CDU/CSU Aussage sind alle Stimmen gegen Kanzler F. Merz.

♣ «Einige vergleichen Merz's Wortwahl mit NS-Propagandaminister Göbbels …». Im Fernsehen entfalten solche zugespitzte Aussagen eine besonders starke Wirkung – gerade bei historischen Vergleichen. Die Meinung von «Einigen» (wenige gegen Tausende?) gehören nicht in einen NEWS Beitrag. Das darf dem SRF nicht passieren.

♣ Sie zeigen nur Bilder in den Soziale Medien mit Stimmung gegen F. Merz.

♣ Die Stammtisch-Aussage von Frau Gubser ist diskriminierend und geht in Richtung Rassismus.

Der Beitrag weist deutliche Schwächen in der journalistischen Ausgewogenheit und Sorgfalt auf.

Der Vergleich mit Göbbels erscheint vordergründig emotionalisiert, das SRF als öffentlich-rechtlicher Sender (finanziert durch Steuergelder) sollte sich nicht zu billiger Meinungs-Manipulation hinreissen lassen. Die Korrespondentin A. Gubser verwendet ein Vokabular, welches in einer Nachrichtensendung keinen Platz hat, Ihre Sprache passt eher in die Boulevard-Medien.

Bitte informieren Sie sich auch über die Meinung von Nichtdemonstranten und auch bei den Nicht-Digitalen Medien. Sie könnten dann feststellen, dass gemäss dem ZDF-Politbarometer vom 24. Oktober 2025 fast zwei Dritten der Befragten der Äusserung des Kanzlers zum Stadtbild zustimmten.»

Die **Redaktion** nimmt wie folgt Stellung:

Ziel und Konzept des Beitrags

Im Beitrag geht es um die Debatte, welche durch das Stadtbild-Zitat von Kanzler Friedrich Merz ausgelöst wurde. Der Beitrag will nicht bewerten, ob Merz mit seiner Aussage recht hat oder nicht. Im Mittelpunkt des Beitrags steht, welche Reaktionen sie in den knapp zwei Wochen seit der Aussage ausgelöst hat – das wird schon in der Anmoderation deutlich.

> *«Merz' Worte stiessen eine heftige Debatte über Migration, Sprache und Wahrnehmung an.»*

Der Fokus liegt also nicht auf einer inhaltlichen Bewertung, sondern darauf, wie das Land auf seine Aussage reagierte und welche Dynamiken sie auslöste.

Abbild der Realität: Kritik war der vorherrschende Ton

Der Beitrag spiegelt die öffentliche Stimmung in Deutschland wider:

- Die Aussage von Kanzler Merz sorgte für breite Empörung – in der Bevölkerung, im Bundestag und in den sozialen Medien.
- In vielen Städten kam es zu Demonstrationen. Politiker:innen verschiedener Parteien, Kulturschaffende und NGOs distanzierten sich öffentlich. Die gezeigten Bilder der Demonstrationen dokumentieren reale Proteste, die in mehreren deutschen Städten stattfanden.
- Auch in den grossen deutschen Medien (ARD, ZDF, Spiegel, Süddeutsche, FAZ u.a.) überwog in der ersten Woche nach dem Zitat die kritische Berichterstattung.

Es ist also journalistisch nachvollziehbar, dass der Beitrag diese mehrheitlich kritische Reaktion abbildet. Kritik war zu diesem Zeitpunkt der dominierende gesellschaftliche und mediale Effekt der Merz-Aussage. Ein Bericht muss die Stimmungslage realistisch zeigen – nicht künstlich ausbalancieren.

Verschiedene politische Perspektiven

Im Beitrag kommen mehrere politische Stimmen zu Wort, auch solche, die Merz unterstützen:

- Jens Spahn (CDU/CSU) wird ausführlich und ungekürzt zitiert.
- Merz selbst ist mehrfach mit Originalton zu hören – etwa auf Pressekonferenzen und bei Nachfragen.
- Die Gegenseite wird durch Katharina Dröge (Grüne) vertreten.

Damit sind sowohl Zustimmung als auch Kritik im Beitrag präsent. Es trifft also nicht zu, dass im Beitrag «alle Stimmen gegen Kanzler F. Merz» sind.

Einordnung durch die Korrespondentin

Die Einschätzung von Alexandra Gubser ist eine journalistische Einordnung. Ihre Formulierungen wie «diffuses Geraune» oder «Stammtisch» sind zwar pointiert, aber im Rahmen zulässiger Kritik an der Kommunikation eines Regierungschefs. Wir nehmen zur Kenntnis, dass dem Beanstander die markanten Worte der Korrespondentin nicht zusagen. Andere Zuschauer und Zuschauerinnen schätzen gerade die direkte Ausdrucksweise von Alexandra Gubser. Festzuhalten ist aber zum Gehalt ihrer Aussage: Alexandra Gubser bewertet nicht den Inhalt, sondern den Stil und die Wirkung der Aussage – also die politische Rhetorik, nicht die Person.

Der Goebbels-Vergleich

Der Satz *„Einige vergleichen Merz' Wortwahl gar mit jener von NS-Propagandaminister Joseph Goebbels (…)*"wird im Beitrag klar eingeordnet:

- Das Wort „einige" zeigt, dass es sich um eine kleine, aber laute Mindermeinung handelt.
- Merz' Reaktion auf die Vorwürfe wird direkt im Anschluss wiedergegeben.

Dadurch wird der Vergleich nicht übernommen oder unterstützt, sondern berichtend zitiert – als Teil der öffentlichen Reaktion.

Der Vergleich war zu diesem Zeitpunkt Teil der medialen und öffentlichen Diskussion. In einer News-Analyse berichtete etwa der deutsche Ableger des Nachrichtenportals Watson darüber: https://politik.watson.de/politik/analyse/253794720-stadtbild-aussage-von-kanzler-merz-anwaeltin-startet-anzeigen-kampagne

In einem Interview mit rbb24, dem digitalen Nachrichtenangebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Berlin-Brandenburg, stellt etwa Dr. Daniel Kubiak, Soziologe am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Berliner Humboldt-Universität, eine Verbindung zwischen der Aussage von Friedrich Merz und jener von Joseph Goebbels

her. https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/10/interview-soziologe-daniel-kubiak-hu-berlin-zu-merz-stadtbild.htm/listallcomments=on.html

Der Vergleich war also Teil der öffentlichen Diskussion, ihn in einem journalistischen Beitrag aufzugreifen erachten wir deshalb nicht als «billige Meinungs-Manipulation».

Soziale Medien

Die gezeigten Social-Media-Beiträge illustrieren die Reaktionen, die nach der Stadtbild-Aussage viral gingen. Diese waren mehrheitlich kritisch oder satirisch und spiegeln die authentische Stimmungslage im Netz wider.

- Die Proteste und Debatten in sozialen Netzwerken waren deutlich sichtbar und weit verbreitet.
- Auch humorvolle und satirische Reaktionen – etwa der Sketch „Merz hat gesagt, ich muss die Stadt verlassen" – gehören zum Social-Media-Alltag und vermitteln ein authentisches Bild der Stimmung.
- Gezeigt wurden Postings, die hohe Interaktionszahlen erreichten.
- Ein neutraler oder positiver Trend war in diesem Zeitraum in den sozialen Netzwerken nicht erkennbar.

Die gezeigten Stimmen in den Social Media-Beiträgen wurden nicht deshalb ausgewählt, weil sie «Stimmung gegen F. Merz» machen, sondern weil sie die generelle Stimmungslage im Netz authentisch repräsentieren.

Warum das ZDF-Politbarometer nicht vorkommt

Das ZDF-Politbarometer vom 24. Oktober 2025 zeigte zwar Zustimmung, aber diese bezog sich auf Merz' spätere Präzisierung – dass es um Menschen ohne Aufenthaltsstatus gehe, die sich nicht an Regeln hielten und nicht arbeiteten.

Damit bezog sich die Umfrage nicht auf das ursprüngliche, umstrittene Zitat, das die Debatte ausgelöst hatte.

Die konkrete Fragestellung im Rahmen des ZDF-Politbarometers lautete:

> *«Bundeskanzler Friedrich Merz hat davon gesprochen, dass es in Deutschland Probleme im Stadtbild gibt. Konkret benannt hat Merz jetzt, dass es Probleme mit denjenigen gibt, die keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus haben, nicht arbeiten und sich nicht an unsere Regeln halten. Was meinen Sie: Hat Friedrich Merz mit dieser Aussage Recht oder nicht?»*

Die Annahme aus der Umfrage, dass 63 Prozent der Befragten Merz' Aussage bekräftigen, ist daher in dieser Verkürzung falsch.

Die Zustimmung von 63 Prozent bezieht sich auf eine inhaltlich stark modifizierte Version der ursprünglichen Aussage – nicht auf jene, die die Proteste und die Debatte ausgelöst hat.

Es wäre irreführend gewesen, diese Zahl im Beitrag zu verwenden, ohne den Kontext der Umfrage zu erklären. Eine solche Einordnung hätte den Fokus des Beitrags – die Reaktionen – gesprengt.

Dass sich die ZDF-Umfrage nicht auf die ursprüngliche Stadtbild-Aussage von Friedrich Merz bezog, bestätigt auch Politbarometer-Moderator Stefan Leifert im Interview vom 25. Oktober 2025:

> ***ZDFheute:*** *«Die gestellte Frage bezog sich also nicht auf die viel diskutierte ursprüngliche Aussage von Merz?»*
>
> ***Leifert:*** *«Nein, aus zwei Gründen. Erstens haben wir den Anspruch, immer den aktuellen Stand einer Debatte abzubilden, und das war nun mal der nach der letzten Stadtbild-Äußerung von Merz am Mittwochabend. Genau darauf haben wir in der Frage sehr konkret Bezug genommen. Zum anderen war die erste Aussage von Friedrich Merz zu vage und uneindeutig, um ihren Inhalt in eine meinungsforschungstaugliche Frage zu gießen. (…)»*
>
> https://www.zdfheute.de/in-eigener-sache/merz-stadtbild-politbarometer-in-eigener-sache-100.html

Aus diesen Gründen hätte es journalistisch nicht Sinn gemacht, das ZDF-Politbarometer an dieser Stelle zu erwähnen.

Schlussbemerkung

Insgesamt sind wir der Ansicht, dass die beanstandete Berichterstattung sachgerecht sowie transparent war und das Programmrecht nicht verletzt hat. Wir bitten Sie, die Beanstandung nicht zu unterstützen.

Die **Ombudsstelle** hat sich den Beitrag angesehen und hält abschliessend fest:

Hintergrund des Tagesschau-Beitrags sind die Äusserungen des deutschen Bundeskanzlers Friedrich Merz, welcher am 14. Oktober 2025 im Rahmen einer Medienkonferenz in Potsdam die folgende Aussage gemacht hatte:

«Bei der Migration sind wir sehr weit. Aber wir haben natürlich immer im Stadtbild noch dieses Problem und deswegen ist der Bundesinnenminister ja auch dabei, in sehr grossem Umfang auch Rückführungen zu ermöglichen und durchzuführen.»

Konkreter Anlass der Berichterstattung in der Tagesschau waren die andauernden Kontroversen über diese Aussage, namentlich auch im Rahmen von Kundgebungen in verschiedenen deutschen Städten. Im Beitrag werden Ausschnitte aus der Bundestagsdebatte zu Merz' Ausführungen gezeigt, in welcher die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Katharina Dröge Kritik an Merz äussert und der CDU-Fraktionsvorsitzende Jens Spahn Merz verteidigt. Sodann wird auf Reaktionen in den Sozialen Medien hingewiesen, und es wird aufgezeigt, wie Merz seine ursprünglichen Aussagen erläutert und präzisiert. Erwähnt wird unter Einblendung einer Textstelle auch ein Hinweis «einiger» darauf, dass der Begriff «Stadtbild» auch von NS-Propagandaminister Josef Goebbels im Zusammenhang mit Juden verwendet wurde, wobei gleich anschliessend darauf hingewiesen wird, dass Merz diese

Vorwürfe als absurd bezeichnet. Zum Schluss des Beitrages ordnet die SRF-Korrespondentin die Aussagen Merz' wie folgt ein:

«Erst einen diffusen Nebensatz raushauen, dann trotzig nachdoppeln und am Ende maximal zurückrudern. Keine Frage: In einigen Städten gibt es Probleme, grosse sogar. Doch die diffuse Mehrdeutigkeit von Friedrich Merz' Rhetorik stellt den Menschen mit Migrationshintergrund unter Pauschalverdacht. Merz scheint den Rollenwechsel vom polternden Oppositionsführer zum einigenden Kanzler noch nicht verinnerlicht zu haben. Diffuses Geraune jedoch gehört an den Stammtisch. Der Kanzler sollte so reden, dass er im ersten Anlauf verstanden wird.»

Der Tagesschau-Beitrag fokussiert nicht auf die von Merz angesprochene Thematik der Missstände, welche sich als Folge von illegaler Migration in deutschen Innenstädten ergeben mögen. Vielmehr geht es ausschliesslich um die Wortwahl des Kanzlers, welche sowohl in den Medien und im politischen Umfeld als auch in der Bevölkerung zum Teil derart verstanden wurde, dass die Probleme mit illegalen Migranten das Stadtbild beeinträchtigten, d.h. im Stadtbild «sichtbar» seien. Dies wurde, da die «Sichtbarkeit» mit dem Aussehen von Personen in Verbindung steht, als unzulässige Pauschalisierung und als missverständlich kritisiert. Die öffentliche Diskussion wurde namentlich auch dadurch befeuert, dass Friedrich Merz schon bereits vor seiner Wahl zum Bundeskanzler im Ruf stand, durch eine umstrittene Wortwahl unnötig zu provozieren (z.B. Verwendung des Begriffs «kleine Paschas» für ausländische Schüler).

Vgl. z.B.
https://www.stern.de/politik/deutschland/kanzler-friedrich-merz-soll-seine-worte-besser-waegen-36164374.html

https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-01/friedrich-merz-cdu-chef-silvesterkrawalle-integration

Auch bei diesen Diskussionen ging es im Kern nicht primär um den von Merz angesprochenen Sachverhalt, sondern um seine Ausdrucksweise. Seit seiner Wahl zum Kanzler steht Merz diesbezüglich unter besonderer Beobachtung.

Vgl. z.B.
https://www.tagesspiegel.de/politik/umfrage-zur-stadtbild-debatte-zwei-drittel-der-bundesburger-fordern-von-merz-sorgfaltigere-wortwahl-14682398.html

https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-10/bundeskanzler-friedrich-merz-stadtbild-debatte-umfrage-wortwahl-sorgfalt-gxe

https://www.deutschlandfunk.de/friedrich-merz-stadtbild-migration-diskussion-100.html#begriff-markus-soeder-afd-rassismus

https://www.tagesschau.de/video/video-1517720.html

Dies zeigt auch wieder eine neue Aussage von Bundeskanzler Merz zu Brasilien bzw. zur Stadt Belém, wo der diesjährige Weltklimagipfel stattfand. Seine diesbezüglichen Bemerkungen führten zu heftiger Kritik namentlich auch seitens des Gastgeberlandes.

Vgl. z.B.
https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/merz-aussagen-belem-kritik-100.html

https://www.sueddeutsche.de/politik/cop30-belem-friedrich-merz-brasilien-aussage-eklat-li.3341267

https://www.handelsblatt.com/dpa/aeusserung-ueber-brasilien-diesmal-brasilien-merz-loest-naechste-stadtbild-debatte-aus/100176263.html

Der Tagesschau-Beitrag gibt die öffentlichen Diskussionen in Deutschland korrekt wieder. Auch Friedrich Merz sowie der CDU-Fraktionschef kommen zu Wort. Dass die Kritik an Merz zum Teil heftig ausfiel (Goebbels-Vergleich) ist eine Tatsache, auf die auch in anderen Medien eingegangen wurde. Dass Merz den Goebbels-Vergleich selbst als «absurd» bezeichnete, wird im Beitrag ausgeführt.

Vgl. z.B.
https://katapult-magazin.de/de/artikel/ist-der-vergleich-zulaessig

https://www.fr.de/politik/nach-stadtbild-eklat-kritik-an-merz-kommunikationsstil-93997371.html

Die Darstellung des Sachverhalts erweist sich nach Ansicht der Ombudsstelle als sachgerecht im Sinne von Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG). Das Publikum war durchaus in der Lage, sich eine eigene Meinung darüber zu bilden, ob die Aussagen Merz' angebracht und für die inhaltliche Diskussion über eine zentrale politische Frage dienlich waren. Daran ändert auch der zusammenfassende Kommentar der Korrespondentin nichts. Diese hält vielmehr fest, dass es in Deutschland durchaus grosse Probleme mit illegaler Migration gebe. Sie kritisiert jedoch die Ausdrucksweise von Merz und stellt fest, dass der Kanzler so reden sollte, dass er im ersten Anlauf verstanden werde. Diese Kritik wird – gerade auch vor dem Hintergrund der neusten Aussagen von Merz zu Belém und zu Brasilien – ungeachtet des Themas der Aussagen von vielen Journalistinnen und Journalisten geteilt. Dass in diesem Zusammenhang auf den «Stammtisch» Bezug genommen wird, mag prononciert erscheinen. Einen Verstoss gegen das Gebot der Sachgerechtigkeit bewirkt jedoch auch diese Passage des Schlusskommentars nicht.

Die Ombudsstelle gelangt zum Schluss, dass der Tagesschau-Beitrag nicht gegen das Gebot der Sachgerechtigkeit (Art. 4 Abs. 2 RTVG) verstösst.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse am öffentlichen Sender und hoffen, dass Sie diesem trotz Ihrer Kritik treu bleiben

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz